PB.I-01-633

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Daniel Hecken (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 633 bis 644:
Sicherheit im Cyber- und Informationsraum schaffen

Digitalisierung und neue Technologien bieten viele neue Möglichkeiten, schaffen aber auch neue Schwachpunkte für offene, demokratische Gesellschaften. Sie verändern Möglichkeiten staatlicher und nichtstaatlicher Einflussnahme auf individuelle Freiheiten und gesellschaftliche Debatten sowie die moderne Kriegsführung. Der Staat hat die Aufgabe die Bevölkerung vor solchen Angriffen zu schützen und offenen Diskurs zu ermöglichen. Aus diesem Grund braucht es ressortübergreifende Leitlinien für das gemeinsame Vorgehen staatlicher Stellen wie des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik und der Bundeswehr im Cyber- und Informationsraum sowie der Früherkennung und Analyse. Wir wollen den Einsatz von ~~militärischen~~ Cyberfähigkeiten durch die Bundeswehr ausnahmslos der parlamentarischen Kontrolle des Deutschen Bundestages unterstellen~~. Es braucht Leitlinien für das Vorgehen der Bundeswehr im Cyberraum~~. Gleichzeitig ~~muss die Bundeswehr~~müssen alle staatlichen Institutionen und unter anderem auch Betreiber kritischer Infrastruktur kontinuierlich an der Stärkung ihres Eigenschutzes und ihrer Resilienz sowohl im Cyber- als auch im Informationsraum arbeiten, ohne im Fall der Bundeswehr ihr defensives Selbstverständnis aufzugeben. Es braucht dringend eine internationale Initiative, um Rüstungskontrolle zu regulieren, und vertrauensbildende Maßnahmen für den Cyberraum, ohne jedoch z.B. die Internetzensur autoritärer Regime zu legitimieren. Wir setzen uns für weltweit anerkannte Regeln sowie die Ausdehnung der Gültigkeit der VN-Charta und des humanitären Völkerrechtes im Cyberraum ~~sowie eine Selbstverpflichtung ein, zivile Infrastruktur nicht militärisch anzugreifen~~ein. Auch sollte die europäische Zusammenarbeit im Bereich Cyberabwehr ausgebaut werden, wozu Deutschland einen entsprechenden Beitrag leisten ~~sollte~~muss.

Begründung

Digitalisierung und neue Technologien verändern die Möglichkieten aller staatlicher und nichtstaatlicher Akteuere, Einfluss auf andere Staaten und deren Bevölkerung zu nehmen. Dies verlangt von allen Akteueren einen erhöhten Eigenschutz uns insbesondere die Resilienz gegen Angriffe aus dem Cyber- und Informationsraum, auch wen diese nicht militärisch veranlagt sind. Dabei kommt es darauf an, dass eigene staatliche Stellen verantwortungsvoll entlang von Leitlinien in diesem Bereich agieren.

Im Bereich der Rüstungskontrolle gilt es Initiativen und vertrauensbildende Maßnahmen zu fördern, auch wenn anzuerkennen ist, dass dies eine schwere und komplexe Aufgabe ist. Es muss sichergestellt sein, dass entsprechende Rüstungskontrollregime zugleich z.B. nicht die Möglichkeiten zur Internetzensur autoritärer Staaten legitimieren.

Entsprechende Selbstverpflichtungen auf den Verzicht eines militärischen Angriffs auf zivile Infrastruktur ist sehr wage und lässt zudem nicht-militärische Angriffe außen vor. Vielmehr gilt es

den bereits bestehenden Rechtsrahmen der VN-Charta sowie des humanitären Völkerrechtes auch auf den Cyberraum auszudehnen.

weitere Antragsteller*innen

Ingo Henneberg (KV Freiburg); Andrej Ferdinand Novak (KV Forchheim); Maximilian Gercke (KV Hamburg-Nord); Michael Froneberg (KV Berlin-Mitte); Susanne Völpel (KV Offenbach-Stadt); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Imke Kügele (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ronald Hoffmann (KV Ahrweiler); Sonja Katharina Schiffers (KV Berlin-Mitte); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Sebastian Pewny (KV Bochum); Marcel Ernst (KV Göttingen); Michael Merkel (KV Bochum); Robin Wagener (KV Lippe); Lukas Hanskötter (KV Rhein-Kreis-Neuss); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Reinhard Bütikofer (KV Erfurt); Danny Greulich (KV Nordfriesland); Amelie Overmann (KV Berlin-Mitte); André Höftmann (KV Fürth-Land); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Philipp Zeller (KV Koblenz); Merle Spellerberg (KV Dresden); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Norman Böhm (KV Hamburg-Altona); Klaus Ebeling (KV Berlin-Mitte); Julia Schmenk (KV Koblenz)